



Erwartungen der Bäuerinnen und Bauern an eine neue Bundesregierung: Kurswechsel zügig einläuten und angehen!

Die Bäuerinnen und Bauern brauchen dringender denn je einen Aufbruch und Kurswechsel - auf der Basis eines für alle Teilnehmer funktionierenden marktwirtschaftlichen Wettbewerbs.

Ein politischer Kurswechsel muss in erster Linie auf europäischer Ebene erfolgen und national entsprechend umgesetzt werden. Die Position Deutschlands spielt im europäischen Staatenbund eine entscheidende Rolle. Deutschlands Rolle muss sich fundamental ändern: Weg vom Bremsen hin zu einer treibenden Kraft für Veränderungen. Wir brauchen eine Agrarpolitik im Sinne der Bäuerinnen und Bauern, der Gesellschaft und im Sinne von Umwelt, Natur, Klima und Tierwohl. Eine bessere Marktstellung der Erzeuger muss deutlich stärker als bisher Berücksichtigung in der Ausrichtung der Agrarpolitik finden.

Insbesondere die vergangenen zwei Jahre mit vielfältigen Krisensituationen und die mit dem Klimawandel verbundenen Gefahren zeigen überdeutlich, wie wichtig eine vielfältig strukturierte, regionale Landwirtschaft für eine flächendeckende Ernährungssicherung und auch für den Klimaschutz ist.

Handlungsbedarf ist dringend gegeben, denn tatsächlich hat die Agrarpolitik, die seit fast 30 Jahren verfolgt wird,

- zu einem immensen Strukturwandel bis hin zu einem Strukturbruch in der Landwirtschaft, aber auch im verarbeitenden Gewerbe (Schlachtstätten, Metzgereien etc.) und damit in den ländlichen Räumen geführt,
- eine deutliche Zunahme von wiederkehrenden Marktkrisen im Bereich von Milch und Fleisch bewirkt,
- eine verstärkt auftretende Nährstoffproblematik in sog. Gunst-/Veredelungsregionen ausgelöst,
- zu einer starken Zunahme von Niedriglohnarbeitsplätzen in der Land- und Verarbeitungswirtschaft geführt,
- zu negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern geführt

Rahmenbedingungen schaffen

Angesichts all der drängenden Zukunftsthemen in der Landwirtschaft, der zahlreich auftretenden Zielkonflikte und einer sich zunehmend verschärfenden Diskussion genügt es längst nicht mehr, an einzelnen Stellschrauben zu drehen, um die negativen externen Kosten und genannten negativen Folgen der bisherigen Ausrichtung der Agrarpolitik aufzufangen. Wir brauchen grundsätzliche Richtungsentscheidungen und weitreichende Veränderungen in der politischen Ausrichtung der EU-Agrarpolitik. Die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft bieten in dieser Hinsicht eine Orientierung, was für ein künftiges Miteinander von Gesellschaft und Landwirtschaft nötig ist. Marktwirtschaftliche Lösungsansätze spielen dabei eine sehr gewichtige Rolle.

Es gilt, die strukturellen Probleme des Milchmarkts in Angriff zu nehmen. Mit politischem Handeln müssen Rahmenbedingungen für die Agrarmärkte geschaffen werden, die für eine deutlich bessere Marktposition der landwirtschaftlichen Betriebe sorgen, denn nur so werden unmittelbare politische Markteingriffe überflüssiger. Eine Schlüsselfunktion für die Erreichung der zunehmend auch umweltpolitischen Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nimmt das Einkommen der Landwirte über den Markt ein.

Agrargelder werden auch weiterhin benötigt. Sie dürfen aber nicht nur Ausgleich, sondern müssen Anreiz sein, konkrete Leistungen für Klima-, Umwelt- und Naturschutz erbringen zu können. Insbesondere auch müssen die Gelder in Regionen, die klimatisch und geologisch benachteiligt sind, gelenkt werden. Ein Irrglaube ist es, allein mit öffentlichen Geldern oder nur mithilfe der Digitalisierung die aktuellen, tiefgreifenden Probleme in der Landwirtschaft tatsächlich lösen zu können.

Unsere konkreten Erwartungen:

Gemeinsame Agrarpolitik GAP:

Den eingeschlagenen Weg, die Agrargelder zunehmend an konkrete Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Klima- Natur- und Tierschutzleistungen zu knüpfen, ist zur Sicherung des zur Verfügung stehenden Haushaltsvolumens notwendig. Dieser Weg muss fortgesetzt werden bis hin zu einer vollständigen Verwendung der Agrargelder im Sinne eines gewinnbringenden „Marktwertes“ für Gemeinwohlleistungen.

Die aktuell für Grünland vorgesehenen Maßnahmen bedeuten für viele grünlandreiche Milchviehbetriebe einen zumindest teilweisen Verzicht auf Prämienvolumen. Die bisher vorgesehenen Maßnahmen sind mit einem Rückgang von hochwertigen Futteraufkommen aus Grünlanderträgen verbunden - mit der Folge, dass vermehrt Eiweißkomponenten zugekauft werden. Wir sehen die Notwendigkeit, die ununterbrochene, langjährige Humus erhaltende und aufbauende Dauergrünlandwirtschaft als weitere Maßnahme zur Erfüllung der Eco-Schemes (Ökoregelungen) zu ermöglichen.

Gemeinsame Marktordnung GMO:

Die vom EU-Parlament am 23.10.2020 beschlossene und im Verlauf der Trilog-Verhandlungen mitgetragene Erweiterung des Sicherheitsnetzes für Agrarmärkte muss zügig umgesetzt werden.

Maßnahmen wie das Angebot von Programmen zur zeitlich befristeten Mengenreduktion in Verbindung mit einer ebenfalls zeitlich befristeten Deckelung der Anlieferungsmengen sind zur schnelleren Wiedererreichung eines Marktgleichgewichts unabdingbar. Situationen wie aktuell im Schweinefleischbereich mit Lagerbeständen in Höhe von rund 260.000 Tonnen führen zu einem immensen Verlust an Wertschöpfung für die tierhaltenden Betriebe. Beispielgebende Instrumente für eine zukunftsorientierte Ausgestaltung des Sicherheitsnetzes für Agrarmärkte finden sich im BDM-Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept mit einer gestaffelten, marktangepassten Vorgehensweise.

Von einer neuen Bundesregierung erwarten wir Unterstützung dafür, dass wir unser Einkommen ganz überwiegend über den Markt erzielen können und unabhängiger von politischen Eingriffsnotwendigkeiten werden. In diesem Zusammenhang erwarten wir auch, dass sie endlich die Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb im Milchmarkt schafft – einen Wettbewerb, der auch für die Milchvieh haltenden Betriebe funktioniert.

Dass dies bisher nicht der Fall ist, hat das Bundeskartellamt seit 2012 in mehreren umfassenden Untersuchungen festgestellt. Das vom Kartellamt kritisierte Marktmachtgefälle zwischen Molkereien und Milchviehbetrieben hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern sogar eher noch weiter verschlechtert. Von den

Molkereiunternehmen wird dies zum Ausbau ihrer Position und zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil genutzt. Aus der Branche heraus wird sich an dieser Situation freiwillig nichts ändern, da die Unternehmen der Verarbeitungs- und Ernährungsindustrie Zugeständnisse gegen ihre eigenen Marktinteressen machen müssten.

Als Grundlage für Überlegungen, wie eine bessere Wettbewerbsstellung der Milchviehbetriebe zu erreichen ist, verweisen wir für den Milchbereich auf die BDM-Sektorstrategie 2030, die in angepasster Form auch auf andere Sektoren übertragbar ist.

Ein wichtiger Schritt: Die in Artikel 148 GMO verfasste Möglichkeit, den Vertragspartnern des Primär- und Sekundärsektors eine verbindliche Vorgabe zum Abschluss von Verträgen vor der Ablieferung von Rohmilch und Fleisch vorzugeben, muss nun zügig in nationales Recht umgesetzt werden. Das seit Jahren vom Bundesagrarministerium praktizierte Warten auf Branchenvereinbarungen/-lösungen ist zu beenden.

Die Vorgabe gem. Artikel 157 GMO, dass die Anerkennung einer Branchenorganisation nur möglich ist, wenn mindestens zwei Akteure der Wertschöpfungskette zusammenwirken, ist zu ändern. Der Primärsektor der Landwirtschaft ist als eigenständige Branche anzuerkennen. Einhergehend damit muss ein wirkungsvolles Marktmanagement durch eine anerkannte Branchenorganisation ermöglicht werden. Primär- und Sekundärsektor verfolgen nicht die gleichen Interessen: Wenn die Rohmilchbeschaffung rund 60% der Kosten einer Molkerei ausmacht, liegt es auf der Hand, dass dies im Gegensatz zum Interesse der Bäuerinnen und Bauern an einer möglichst hohen Wertschöpfung für ihr Agrarprodukt steht.

Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung der Verbraucher und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für die Nahrungsmittelerzeugung verwendeten Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Jede Initiative der Milchviehhalter für ein klares Kennzeichnungsrecht ist jedoch bisher am Widerstand der Molkereiwirtschaft und ihr nahestehender Verbände gescheitert. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn ihre Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können.

Umbau der Tierhaltungssysteme unverzüglich anschieben

Viele tierhaltende Betriebe wirtschaften angesichts einer permanenten Kostenunterdeckung und angesichts wiederkehrender Krisen am Limit, haben in den letzten Jahren viel Substanz verloren und damit keine Reserven mehr, die nötig wären, um die notwendigen Investitionen in eine Modernisierung der Ställe vorzunehmen.

Um einen schnelleren Einstieg in den Umbau der bisherigen Tierhaltungssysteme, gerade im Fleischsektor, in Gang zu bringen, kann der Weg über politisch legitimierte Finanzierungswege durchaus gangbar sein. Wir sind jedoch gefordert, über den Einstieg hinauszudenken und müssen einer tierwohlgerechteren Landwirtschaft eine echte Perspektive geben. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, der nicht durch Weichenstellungen im Bereich der vorherrschenden Marktrahmenbedingungen konterkariert wird. Langfristige gute Perspektiven für tierhaltende Betriebe kann es nur geben, wenn mit den Erlösen aus der Vermarktung der Agrarprodukte eine wirtschaftlich nachhaltige Weiterentwicklung unserer Betriebe möglich ist.

Freihandelsabkommen kritisch abwägen

Handelsabkommen auf globaler wie bilateraler Ebene, die einen fairen Handel auf Augenhöhe ermöglichen, sind grundsätzlich zu begrüßen. Die weltweiten Erfahrungen mit Handelsabkommen und deren Auswirkungen auf die Menschen jedoch zeigen, dass es bisher kaum gelungen ist, die Abkommen so zu gestalten, dass gleichermaßen alle Marktbeteiligten davon angemessen profitieren können und eine Wohlstandssteigerung für alle erzielt wird. Profiteure des globalen Handels sind in erster Linie die Global Player unter den Unternehmen, während die bisher abgeschlossenen Handelsabkommen für die deutsche wie auch die EU-Landwirtschaft bisher keine Grundlage für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtsituation bieten.

Von der zukünftigen Bundesregierung erwarten wir Bäuerinnen und Bauern eine entsprechende Beachtung des Rechtes auf Ernährungssouveränität und Fairness, die eine nachhaltige Wertschöpfung für die ländlichen Räume ermöglicht und das Prinzip der Kreislaufwirtschaft prioritär verfolgt. Einer Aufweichung der europäischen Standards für die Nahrungsmittelerzeugung als vermeintliches Handelshemmnis darf nicht zugestimmt werden.